



DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II. 14246 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

30.141/9-III/16/94

Herrn
Präsidenten des
Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 WIEN

6550/AB
1994-07-06
zu 6664 IJ

Wien, am 4. Juli 1994

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Schmidt und weitere Abgeordnete haben am 11.5.1994 unter der Zahl 6664/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Abschiebung von Kosovo-Albanern" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Stimmt es, daß der Kosovo-Albaner Brahim Shala am 6.4.1994 nach Slowenien abgeschoben wurde, obwohl bereits seit 30.3.94 ein Antrag auf aufschiebende Wirkung beim Verwaltungsgerichtshof anhängig war?
2. Wenn ja, halten Sie diese Vorgangsweise für korrekt, wenn man bedenkt, daß es der Spruchpraxis des Verwaltungsgerichtshofes entspricht, solchen Anträgen auf aufschiebende Wirkung - wie in diesem Fall - stattzugeben?
3. Ist in Zukunft daran gedacht, im Falle eines entsprechenden Antrages beim VwGH mit der Vollstreckung des Aufenthaltsverbotes bis zu dessen Entscheidung zuzuwarten?
4. Wieviele Kosovo-Albaner, bei denen ein Asylverfahren anhängig ist, befinden sich derzeit in Österreich?
5. Bei wievielen Kosovo-Albanern wird das Asylverfahren abgewikkelt, während sie sich in Schubhaft befinden?

- 2 -

6. Wieviele Kosovo-Albaner befinden sich derzeit nach Beendigung ihres Asylverfahrens in Schubhaft?
7. Wieviele Kosovo-Albaner wurden seit Beginn des Jahres in welche Länder abgeschoben?
8. Ist es geplant, abgewiesene Asylwerber aus dem Kosovo in Zukunft auch nach Jugoslawien (Serbien) abzuschieben?
9. Slowenien, Ungarn und die Slowakei gelten für Sie offenbar als "sichere Drittländer", in die man abgewiesene Asylwerber bedenkenlos zurückschieben könne. Auf welchen Grundlagen beruht Ihre Ansicht, daß in Österreich abgewiesene Asylwerber von diesen Staaten nicht in ihr Heimatland, speziell nach Jugoslawien, weitergeschoben werden?
10. Aus welchem Grund wird § 8 des Asylgesetzes (befristete Aufenthaltsberechtigung) nicht angewendet, wenn es Flüchtlingen, wie offenbar jenen Wehrdienstverweigern aus dem Kosovo, für die am 7.5.94 in Salzburg eine Kundgebung abgehalten wurde, nicht möglich ist, in ihr Heimatland zurückzukehren?
11. Existiert eine Weisung Ihres Ministeriums, daß § 8 Asylgesetz nicht mehr anzuwenden sei?
12. Warum stellen Sie sich bei der Auslegung der Genfer Flüchtlingskonvention betreffend die Anerkennung von Wehrdienstverweigerern und Deserteuren in Widerspruch zu der Auffassung des UNHCR und des Europaparlamentes, wonach unter bestimmten Bedingungen Wehrdienstverweigerung und Desertion (wenn von einem Staat militärische Aktionen gesetzt werden, die von der Völkergemeinschaft als den Grundlagen menschlichen Verhaltens widersprechend verurteilt werden - siehe Handbuch über Verfahren und Kriterien zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft des Amtes des UNHCR, S. 169 ff) sehr wohl als Fluchtgrund anzuerkennen sind?
13. Treffen Ihrer Meinung nach die unter Frage 12 genannten Bedingungen auf Jugoslawien (Serbien) zu? Wenn nein, warum nicht?"

- 3 -

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Der genannte Kosovo-Albaner wurde nach rechtskräftigem Abschluß aller fremden- und asylrechtlichen Verfahren nach Slowenien abgeschoben.

Die in der Anfrage erwähnte Beschwerde dürfte auf Grund des zitierten Datums vermutlich die Beschwerde im Asylverfahren sein. Von dieser Beschwerde hatten die Behörden zum Zeitpunkt der Abschiebung keine Kenntnis, da der Verwaltungsgerichtshof erst mit Verfügung vom 28. April 1994 diesbezüglich an das Bundesministerium für Inneres herantrat. Aber auch in dieser Entscheidung hat der Verwaltungsgerichtshof, entsprechend seiner bisherigen Spruchpraxis, dem Antrag auf aufschiebende Wirkung nur mit der Maßgabe stattgegeben, daß dem Antragsteller die Rechtsstellung zukommt, die er als Asylwerber vor Erlassung des angefochtenen Bescheides hatte. Abgesehen davon, daß die Behörde zum Zeitpunkt der Abschiebung also keine Kenntnis von der Beschwerde im Asylverfahren hatte, hätte auch ein Abwarten der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes keine Änderung für den Antragsteller gebracht, da diesem zweifelsfrei nie eine Aufenthaltsberechtigung nach dem Asylgesetz zugekommen war.

Zu erwähnen wäre noch, daß seine Beschwerden in den fremdenrechtlichen Verfahren vom Verwaltungsgerichtshof jeweils als unbegründet abgewiesen wurden.

Zu Frage 3:

Die Behörde ist verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß die Schubhaft so kurz wie möglich dauert. Für die Einbringung einer Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof ist eine Frist von sechs Wochen vorgesehen, wann darüber entschieden wird, ist nicht abzuschätzen. Es ist daher nicht möglich, in allen Fällen zuerst die maximale Frist für eine Beschwerdeerhebung und zusätzlich eine weitere Frist für eine allfällige Entscheidung (erfahrungsgemäß mehrere Wochen) abzuwarten oder die Schubhaft aufrecht zu erhalten, bevor eine Abschiebung erfolgt. In Einzelfällen wird auf Grund spezieller Vorbringen auch derzeit bereits die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes über den Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung abgewartet.

Zu den Fragen 4 bis 7:

Kosovo-Albaner werden statistisch nicht gesondert erfaßt, weshalb mir eine Beantwortung dieser Fragen nicht möglich ist.

Zu Frage 8:

Ja, sofern die rechtlichen Voraussetzungen für eine Abschiebung und keine Hinderungsgründe im Sinne des § 37 Fremden-Gesetz vorliegen. Liegen sie vor, erfolgt keine Abschiebung.

Zu Frage 9:

Slowenien, Ungarn und die Slowakei sind Vertragsstaaten der Konvention vom 28. Juli 1951 sowie des Protokolls vom 31. Jänner 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und somit verpflichtet, Flüchtlinge, die unter diese völkerrechtlichen Verträge fallen, gegen die Rückschiebung in ihr Herkunftsland oder unsichere Drittstaaten zu schützen. Der UNHCR ist in den genannten Staaten jeweils mit Büros vertreten. Darüber hinaus sind diese Staaten auch Mitgliedstaaten des Europarates.

Es besteht keine Veranlassung, den genannten Staaten generell eine Mißachtung der unterzeichneten Verträge zu unterstellen.

Zu den Fragen 10 und 11:

Aus § 8 des Asylgesetzes ergibt sich, daß dieses Rechtsinstitut für Ausnahmefälle, nicht aber als Regelfall für jede Abweisung eines Asylantrages geschaffen wurde. Eine Weisung, § 8 des Asylgesetzes nicht anzuwenden, besteht nicht.

Ich habe erst kürzlich Weisung erteilt, bei besonders sensiblen Herkunftsländern, so auch bei "Jugoslawien", von der Möglichkeit des § 8 Asylgesetz verstärkt Gebrauch zu machen, sofern weder eine Rückstellung in einen sicheren Drittstaat noch eine solche in den Herkunftsstaat in Frage kommt.

Zu den Fragen 12 und 13:

Durch die Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes wurde klargestellt, daß die Flucht eines Asylwerbers vor einem ihm drohenden Militärdienst ebensowenig ein für sich alleine ausreichender Grund für die Anerkennung als Flüchtling ist, wie die Flucht vor einer, wegen Desertion oder Wehrdienstverweigerung drohenden, unter Umständen auch strengen Bestrafung.

- 5 -

Weder der UNHCR noch das Europaparlament vertreten die Auffassung, daß generell Wehrdienstverweigerung und Desertion ein Asylgrund im Sinne der Genfer Konvention ist.

Die Entscheidungspraxis der Asylbehörden steht zu den im Handbuch des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge in bezug auf Deserteure und Kriegsdienstverweigerer enthaltenen Ausführungen nicht in Widerspruch.

Ich teile jedoch die Auffassung der internationalen Literatur und Judikatur, wonach es Einzelfälle gibt, in denen auf Grund der besonderen Qualifikation eines Einsatzbefehles oder der besonderen Funktion des Dienstpflichtigen asylrechtliche Relevanz der Sanktion auf die Dienstverweigerung anzunehmen ist.

Franz Be